

«Jetzt muss der Bundesrat aktiv werden»

Johanna Bundi Ryser, die Präsidentin des Polizistenverbands, fordert schärfere Strafen bei Gewalt gegen Beamte

Von Alex Reichmuth, Bern

BaZ: Frau Bundi Ryser, vor wenigen Tagen wurde in Genf ein Polizist, der bei einer Schlägerei eingreifen wollte, mit einem Faustschlag niedergestreckt. Er erlitt einen Schädelbruch und musste ins Koma versetzt werden. Und am Samstag wurden in Zürich Polizisten mit Flaschen und Steinen angegriffen und verletzt. Ist solche Gewalt gegen Polizeibeamte mittlerweile der Normalfall?



Johanna Bundi Ryser: Solche schwerwiegenden Angriffe häufen sich. So wurde eine Polizistin bei einer Kontrolle an einer Autobahn absichtlich angefahren, als

sie einem Lenker signalisierte, er solle anhalten. Und an Fussballspielen werden Polizisten mit schweren Gegenständen beworfen. Man kann nicht mehr von Einzelfällen sprechen. Die Statistik der letzten Jahre zeigt in der Tat einen starken Anstieg von Bedrohungen und Angriffen gegenüber Polizeibeamten. Was könnte der Grund für die steigende Gewaltbereitschaft sein?

Darüber kann man nur spekulieren. Es sind wohl verschiedene Ursachen. Leider fehlen Informationen zu den Hintergründen, den Motiven und zum Verhalten solcher Täter weitgehend. Es wäre an der Zeit, hierzu systematisch Daten zu sammeln. Gut

wäre etwa zu wissen, woher die Täter stammen und wie oft sie gewalttätig werden. Aufgrund solcher Informationen könnte man dann geeignete Massnahmen ableiten bezüglich Prävention und Strafen.

Ist es wahr, dass Menschen mit Migrationshintergrund eher dazu neigen, den Respekt vor Polizeibeamten zu verlieren?

Da es an Statistiken fehlt, kann man über einen solchen Zusammenhang nur mutmassen. Ich halte es jedenfalls für plausibel, will mich aber nicht zu Spekulationen hinreissen lassen. Fakt ist, es gibt Kulturen, die einen anderen Umgang mit Konflikten pflegen als wir in der Schweiz. Mir scheint aber, dass gewisse Poli-

ker kein Interesse haben, solche Zusammenhänge aufzudecken. Stattdessen reden sie von bedauerlichen Einzelfällen. Wichtig wäre aber, die Gewalt gegen Polizisten nicht schönzureden, sondern sie nüchtern zu ergründen und die Ursachen beim Namen zu nennen. Nur so kann dieses Problem angegangen und gelöst werden.

Kann man ausschliessen, dass die Statistiken darum eine so starke Zunahme von Gewalt gegen Polizeibeamte zeigen, weil Polizisten heute im Gegensatz zu früher weniger bereit sind, Übergriffe hinzunehmen, und entsprechende Fälle konsequenter melden?

Solche Deutungen erscheinen mir spekulativ. Wir vom Verband fordern

unsere Mitglieder jedenfalls dazu auf, Drohungen und Angriffe konsequent zur Anzeige zu bringen. Manchmal bekomme ich gehört, Polizisten müssten mit verbaler und physischer Gewalt gegen sie rechnen, das gehöre quasi zu ihrem Beruf. Eine solche Haltung ist nicht hinnehmbar. Oder muss etwa eine Serviceangestellte sexuelle Belästigungen in Kauf nehmen? Polizistinnen und Polizisten müssen ihren beruflichen Auftrag ausführen können, ohne dass sie dabei behindert oder gar verletzt werden.

Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter hat letzte Woche in einem Communiqué unter dem Titel «Muss zuerst ein Polizist sterben, damit die Politik reagiert?» härtere Sanktionen

gegen Personen gefordert, die Beamte bedrohen oder angreifen. Nützt die Androhung von Strafen, wie etwa eine unbedingte Gefängnisstrafe, wirklich gegen solche Gewalt?

Sie wäre zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Bis jetzt wird Gewalt gegen Polizisten oft als Kavaliärsdelikt erachtet. Geldstrafen, vor allem wenn sie bedingt ausgesprochen sind, beeindrucken kaum jemanden. Wenn solche Täter aber ins Gefängnis müssten, wäre das ein klares Signal, dass es bezüglich Übergriffen gegen Polizistinnen und Polizisten keine Toleranz gibt. Drei Tage Haft wären das Minimum.

Im Parlament wurden zwei parlamentarische Initiativen lanciert, die die Strafen bei Gewalt gegen Polizisten in Ihrem Sinn verschärfen will. Die zuständige Nationalratskommission hat bereits mit 20 gegen fünf Stimmen Ja dazu gesagt. Sie aber kommen gemäss Communiqué zum Schluss, die Politik sei untätig. Warum? Die Sitzung der Kommission war im letzten Februar. Aber uns scheint, dass in Bundesbern nicht wirklich viel Wille für eine Verschärfung der Strafen bei Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten vorhanden ist. Im Parlament wurde zwar schon mehrfach signalisiert, dass man das Problem erkannt habe. Wichtig wäre aber, dass der Bundesrat und die Verwaltung aktiv werden und Vorschläge auf den Tisch legen. Eins ist sicher: Wir vom Verband Schweizerischer Polizei-Beamter werden nicht lockerlassen.

Genfs Sicherheitsdirektor will nationale Plattform gegen Gewalt an Frauen

Bern/Genf. Polizisten stellen immer mehr brutale Angriffe gegen Frauen fest. Pierre Maudet, Präsident der Konferenz der kantonalen Polizeidirektoren (KKJPD), fordert in der Sonntagspresse deshalb eine nationale Plattform gegen Gewalt an Frauen. Die Zahl der Attacken sei zwar nicht gestiegen, die Angriffe aber würden immer brutaler, kämen oft aus dem Nichts und ohne ersichtlichen Grund, sagte Maudet im Gespräch mit dem *Sonntagsblick*. «Offenbar haben wir jetzt eine Generation von 18- bis 30-jährigen Männern, von denen manche jede Gewalt-

hemmung vermissen lassen», wird der Genfer Sicherheitsdirektor in der *NZZ am Sonntag* zitiert. Oft seien Alkohol und Drogen im Spiel, manchmal habe das Phänomen aber auch mit dem Hintergrund der Täter zu tun. Gewisse Männer aus patriarchalen Kulturen betrachteten Frauen als etwas Minderwertiges und fänden es nicht verwerflich, ihre Ehefrauen mit einer Ohrfeige zu bestrafen. Deshalb müsse die Integration von Migranten vorangetrieben und die Prävention verstärkt werden. Vor allem aber müssten alle Akteure – von der Polizei über die Justiz, die Opferhilfestellen, die Spitäler bis zu den Schulen und den Kantonen –

miteinander kooperieren. Eine Möglichkeit für einen besseren Austausch wäre gemäss Maudet die Schaffung einer nationalen Plattform gegen Gewalt an Frauen. Schärfere Gesetze seien nicht nötig. Aber es sei wichtig, dass möglichst jeder Übergriff angezeigt werde. Dabei seien alle gefordert, es brauche ein Umdenken in der Gesellschaft, und auch die Polizei müsse einen Sondereffort leisten und Vertrauen schaffen, zum Beispiel mit mehr Polizistinnen, denen sich Opfer anvertrauen könnten. Auslöser für Maudets Forderungen war ein brutaler Angriff auf fünf Frauen in Genf vor knapp zwei Wochen. SDA

Nachrichten

Mehr Stressfälle in der Kinderpsychiatrie

Bern. Immer mehr Kinder und Jugendliche leiden laut *Sonntagszeitung* unter Stress. 2007 habe es in Zürich 49 kinder- und jugendpsychiatrische Notfälle gegeben; 2017 seien es bereits 649 Fälle gewesen. SDA

Klimawandel hält die Armee auf Trab

Bern. Die Schweizer Armee spürt die Folgen des Klimawandels. In einem Interview mit der *NZZ am Sonntag* sagte Verteidigungsminister und SVP-Bundesrat Guy Parmelin, dass die Armee immer häufiger um Hilfe wegen Dürren, Bergstürzen und Waldbränden ersucht werde. SDA

Rechtsteiner will wieder mit dem Bundesrat reden

Bern. Gewerkschaftspräsident Paul Rechtsteiner rudert bei der Aussage an den Bundesrat, nicht über die flankierenden Massnahmen zu diskutieren, zurück. Von einer Gesprächsverweigerung oder einer bewussten Provokation könne keine Rede sein, sagte er dem *Sonntagsblick*. SDA

Tausende betroffen von krebserregenden Medis

Bern. Rund 14 000 Patienten sind laut *NZZ am Sonntag* von den Verunreinigungen von Medikamenten mit einem krebserregenden Stoff betroffen gewesen. Die Zeitung beruft sich den Branchenverband Intergenerika. SDA

Zu viele Schlösser werden geknackt

Die Leihvelos der Post in der Stadt Bern müssen nachgerüstet werden

Bern. Die Berner Leihvelo-Flotte von PubliBike steht still. PubliBike zieht per sofort alle Leihvelos in Bern ein und rüstet sie nach. Über das Wochenende habe sich die Lage in der Bundesstadt zugespitzt, teilte PubliBike gestern mit.

Langfinger haben auch an diesem Wochenende in Bern ihr Unwesen getrieben. Nachdem bereits in den vergangenen Wochen in Bern mehrere Hundert Leihvelos von PubliBike geknackt worden waren, hatte die Post-autotochter PubliBike am Freitag eine Nachrüstung der Veloschlösser angekündigt.

Bis Freitag sei man davon ausgegangen, dass der Betrieb weitergeführt werden könne, da an den Stationen noch genügend Velos zur Ver-

fügung gestanden seien, schreibt PubliBike in der aktuellen Medienmitteilung. Doch am Wochenende habe es eine starke Zunahme der «unrechtmässigen Nutzungen» gegeben und Kundinnen und Kunden hätten nur noch wenige Leihvelos benutzen können. Aus diesem Grund werde der Betrieb in Bern unterbrochen und alle Velos per sofort eingezogen und nachgerüstet.

700 Velos an 70 Stationen

Die nachgerüsteten Velos sollen sukzessive in Betrieb genommen werden. Spätestens in zwei Wochen soll laut Mitteilung wieder ein zufriedenstellendes Angebot vorhanden sein. Berner Abonnenten werden von PubliBike mit einem Abo-Gratismonat entschädigt.

Der Startschuss für das Veloverleihsystem PubliBike in Bern war erst Ende Juni erfolgt. An 70 Stationen standen 700 Velos, die Hälfte davon E-Bikes, zur Verfügung.

An den PubliBike-Stationen können Velos und E-Bikes gegen ein Entgelt ausgeliehen werden. Nutzer müssen sich zuvor registrieren. Geöffnet wird das Fahrzeug mit einer Handy-Applikation. Abgerechnet wird über die dem Kundenkonto hinterlegte Kreditkarte.

In den vergangenen Wochen zeigte sich vor allem in Bern, dass die Schlösser der Leihvelos von PubliBike einfach aufgebrochen werden können. Auch in Zürich wurden PubliBikes manipuliert, allerdings in weit geringerem Ausmass als in Bern. SDA

ANZEIGE

Fielmann
im Stücki Park auch
während des Umbaus
weiterhin für Sie da.

Fielmann: Lieber besser aussehen als viel bezahlen.

Fielmann zeigt Ihnen die ganze Welt der Brillenmode – zum garantiert günstigsten Preis. Denn Fielmann bietet Ihnen die **Geld-zurück-Garantie**. Sehen Sie das gleiche Produkt noch 6 Wochen nach Kauf anderswo günstiger, nimmt Fielmann die Ware zurück und erstattet den Kaufpreis.

Moderne Komplettbrille mit Einstärkengläsern, 3 Jahre Garantie.	47.50 CHF
Sonnenbrille in Ihrer Stärke Metall oder Kunststoff, Einstärkengläser, 3 Jahre Garantie.	57.50 CHF

www.fielmann.com **fielmann**